

# Wer zahlt die Zeche für diesen Krieg?

*„Leiden, ach, zu allen Zeiten,  
muss der kleine Mann, wenn die Großen streiten.“ (Jean de La Fontaine)*

Wir Mitglieder der Vernetzungskonferenz der Basisbewegung **aufstehen** sind zutiefst besorgt über die Lage in der Ukraine und ihre Auswirkungen auf das Leben in Europa, ja in der ganzen Welt. Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass es keinen Frieden gibt, der durch kriegerische Auseinandersetzungen herbeigeführt wurde. Diesmal riskiert die Menschheit einen Weltenbrand unvorstellbaren Ausmaßes.

Die Geschichte lehrt auch, dass die Lasten der Katastrophen – ob nun Kriege, Umweltzerstörung oder Corona-Pandemie –, überwiegend von den sogenannten „kleinen Leuten“ getragen werden.

Derzeit ist es schwer, Wahrheit von Lüge zu unterscheiden, Opfer von Tätern. Was man aber klar beantworten kann, ist die Frage: Qui bono – wem nützt dieser Krieg, bzw. wem schadet er?

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die Zeche mal wieder von den Ärmsten der Armen bezahlt werden muss: von den Ukraine-Flüchtlingen, überwiegend Frauen und Kindern, von der armen Bevölkerung im Globalen Süden, der eine Hungerkatastrophe droht. Und nicht zuletzt von den sozial Benachteiligten in unserem Land.

**Wir appellieren an die Regierung, die Lasten diesmal endlich gerechter auf den Schultern aller Bevölkerungsschichten zu verteilen.**

## **Stoppt endlich die weitere Verarmung der Armen!**

- Die Preise für Nahrungsmittel, Energie, Gas und Transportkosten sind für viele Bürger kaum noch bezahlbar und schnellen weiter in die Höhe.
- Die Armutsquote bei Alleinerziehenden, insbesondere Müttern, steigt derzeit deutlich über die 40%-Marke.
- Die Leistungsempfänger des ALG II werden mehr; aber die gewährten Leistungen decken immer weniger die tatsächlichen Bedarfe.
- Das verfügbare Nettoeinkommen nimmt tendenziell weiter ab.
- Von einer besseren Entlohnung systemrelevanter Berufe ist keine Rede mehr.
- Der Ukraine-Krieg, wie vorher die Covid-Pandemie, wird zum Anlass genommen, Sozialleistungen weiter abzuschmelzen.

Andererseits hat die Bundesrepublik keine Hemmungen, 100 Milliarden für die Aufrüstung lockerzumachen. Im zivilen Bereich verlässt sie sich schamlos auf die Solidarität der Ehrenamtlichen und denkt gar nicht daran, die Unterstützung der Bedürftigen angemessen in staatliche Bahnen zu lenken.

## **Wir fordern:**

- Transparenz darüber, wohin staatliche Gelder fließen.
- Eine Aufstockung des Mindestlohns – sofort!
- Eine realistische Neubemessung von Sozialleistungen – sofort!
  - In einem ersten Schritt muss der Berechnungszeitraum für die Regelsätze von jährlich auf vierteljährlich neu gesetzlich festgelegt und der Steigerungsbetrag für jeweils drei Monate nachgezahlt werden.
- Unbürokratische Soforthilfen für prekär Beschäftigte, Rentner und Studierende, wenn die ihre täglichen Lebenshaltungskosten nicht mehr decken können.